



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 23

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 5. Juni 1920

Anzeigen kosten die sechsgepolierte Non-
pareilzeile oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Betrag ist stets vorher einzulösen.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Zur Reichstagswahl!

Die erste Reichstagswahl im neuen Deutschland findet am Sonntag, 6. Juni, statt. Der Aufmarsch der Parteien hat bereits die heftigsten Wahlkämpfe ausgelöst. Die Wahlen sind mehr denn je auch für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von höchster Bedeutung. Es kann dies auch nicht anders sein. Je mehr die sozialistische Arbeiterklasse an ihr Ziel rückt, um so heftiger kämpft das Bürgertum gegen die Arbeiterklasse, um so heftiger müssen sich die politischen Kämpfe gestalten. Die Kapitalismus — die Sozialismus, das sind die Brennpunkte in diesem Wahlkampf.

Das gesamte Unternehmertum steht geschlossen hinter der von der „Arbeitgeberzeitung“ bekanntgegebenen Wahlparole:

Um dem Unsturm von links mit der nötigen Geschlossenheit entgegenzutreten zu können, müssen während des Wahlkampfes alle Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien ruhen, da sie in diesem Augenblick ein Verbrechen am deutschen Bürgertum wären.

Für uns steht der Feind jetzt nur links!

Eine weitere Zerstörung unseres Wirtschaftslebens durch den untrüchtbaren Sozialismus muß verhindert werden. Daher fordern wir die Arbeitgeber in allen Orten Deutschlands auf, unverzüglich und mit aller Entschiedenheit für den festen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien einzutreten.

Die Stellungnahme der Arbeitgeber wird von ausschlaggebender Bedeutung für die Wahlen sein.

Daher gibt keinen Sinn an eine Partei, die sich nicht gegen Euch gegenüber verpflichtet hat, jeden Zwist und jede Meinungsverschiedenheit gegenüber allen andern bürgerlichen Parteien auszuschalten und ihre volle Stohkraft einzig und allein gegen den Sozialismus zu richten.

Mit den niedrigsten Mitteln und Schlagworten arbeitet die Reaktion, um ihre Vormacht- und Herrschaftstellung aufrechtzuerhalten respektive wieder herzustellen. Die Lüge und Verleumdung soll dazu dienen, das Volk zu betören, damit es nicht sozialistisch, sondern bürgerlich-kapitalistisch wählt. Mit vollen Händen werfen die Industriegehaltigen das Geld in den Schoß derer, die sie für die Führung des Wahlkampfes gekauft haben. Die gesamte bürgerliche Presse mit wenigen Ausnahmen hat sich auf diesen Volksbetrug seit Wochen eingestellt und betreibt schamlos die Fälschung der öffentlichen Meinung, um den Volksbetrug zu fördern. Sie rechnet bestimmt damit, daß ein Teil der Arbeiterschaft, namentlich die Frauen, die die Praktiken der großen kapitalistischen Volksbetrüger noch nicht kennen, ihr zum Opfer fallen soll.

Die arbeitende Bevölkerung hat es in ihren Händen, am 6. Juni darüber zu entscheiden, ob in der Zukunft das Reich im Interesse einer ausbeuterischen, nur kapitalistischen Interessen vertretenden Minderheit regiert werden soll oder ob den Mühen und Leiden der großen Volksmehrheit Rechnung getragen werden muß. Das Proletariat muß bei diesen Wahlen mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen: Hinweg mit der Reaktion auf der gesamten Linie, an Stelle des Kapitalismus muß endlich der Sozialismus treten.

Es wäre geradezu ungeheuerlich, wenn die Volksmehrheit sich von dem geschlossenen bürgerlich-kapitalistischen Block ins Schlepptau nehmen ließe, damit jene Kreise, die sich während des Krieges und heute noch auf Kosten des Volkes in der unverschämtesten Weise bereichert haben, dies ruhig weiter treiben könnten. Das ausgehungerte mißhandelte deutsche Volk soll über diese Dinge betrogen und belogen werden, damit jene weiter aus dem Elend der Not des Volkes Reichtümer ziehen können. Darum kann es für die gesamte denkende Arbeiterschaft, für die Angestellten und Beamten nur eine Wahlparole geben, sich für den Sozialismus zu entscheiden. Eine sozialistische Mehrheit zu schaffen, muß der Wille der gesamten Arbeiterklasse sein.

Verbandskollegen, alle, die Ihr wahlberechtigt seid, seid auf dem Posten! Ihr wißt, was diesmal auf dem Spiele steht. Jeder muß zur Wahl gehen. So bedauerlich es auch ist, daß angesichts der Geschlossenheit unserer Gegner keine Einigung unter den sozialistischen Parteien erfolgt ist, so darf doch keine Stimme für eine nichtsozialistische Partei abgegeben werden. Ruht die kurze Zeit bis zur Ent-

scheidung gut aus durch Aufklärungsarbeit, so manche Wankelmütigen gilt es noch zu gewinnen. Ihnen sind die Gefahren vor Augen zu führen, die für uns erwachsen würden, wenn die Reaktion siegt.

Aber auch Ihr, Jungkollegen, haltet Euch bereit! Wenn Ihr auch noch nicht wählen könnt, aber eines könnt Ihr: Mitwirken bei den Wahlarbeiten! Helft mit bei der Flugblatt- und Stimmzettelerverteilung! Der 6. Juni entscheidet über Eure Zukunft, über Euer Wohl- oder Nichtwohlgehen! Der neue Reichstag wird als eine der ersten Aufgaben das Jugendbeschutzgesetz beraten und beschließen. Euch kann es nicht gleichgültig sein, ob Ihr weiter im Dienste des Kapitals ohne Recht und Schutz, jeder Ausbeutung preisgegeben, frohnen sollt oder ob Euch Schutz und auch Mitbestimmungsrecht zugesichert wird! Denkt daran, daß Ihr den Segen oder Unsegen der Parlamentsarbeit des neuen Volkshauses erntet!

Darum: Auf, in den Wahlkampf, helft dem Sozialismus zum Siege!

Vom letzten und nächsten Lohnabkommen.

Die Durchführung des letzten zentralen Lohnabkommens vom 30. April beziehungsweise 3. Mai im Malergewerbe erforderte überaus große Anstrengungen und energisches Eingreifen unserer Organisation und ihrer Funktionäre. Da mußten sofort Verhandlungen in Sachsen und Schlessen zustande gebracht werden, denn diese Bezirksvereinigungen des Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe sind kürzlich aus diesem ausgetreten, um Tarif- und Lohnabkommen selbständig zu vereinbaren.

Ueber die Verhandlungen in Sachsen, am 4. Mai in Dresden, haben wir bereits berichtet und am 21. dieses Monats sind nun auch für Schlessen die Verhandlungen abgeschlossen worden, nachdem bereits am 14. Mai die Parteien zusammenkamen, um sich ohne Unparteilichkeit zu verständigen. Hier stellten sich die Arbeitgeber die Sache sehr einfach vor. Sie erklärten, beschloßen zu haben, nichts zu bewilligen, denn in Schlessen beständen ganz andere Verhältnisse wie im übrigen Deutschland, und nach stundenlangem Reden boten sie endlich ganze 40 % an. Nun zeigte es sich, daß es die Arbeitgeber auf Verschleppen anlegten und versuchen wollten, die ihnen im Moment in Schlessen günstig scheinende Situation zu organisations-egoistischen Zwecken auszunutzen. Sie wollten zeigen, wie billig sie abschneiden können, wenn der Druck von Berlin nicht mehr besteht. Wir machten deshalb überall die Schlichtungsausschüsse mobil, um nunmehr die Sache drüch zu erledigen. Das brachte die Arbeitgeber in Bewegung, denn nunmehr beantragten sie selbst, daß der Breslauer Schlichtungsausschuß für ganz Schlessen verhandele. Dem gaben wir statt, denn so bestand immerhin die Möglichkeit, am einfachsten und schnellsten zu einem allgemeinen Abschluß zu kommen, vorausgesetzt, daß dies ohne offenen Konflikt überhaupt möglich sein würde. Hier kam es nach vielstündigem Verhandeln, wobei die Arbeitgeber immer wieder mit den besonderen schlessischen Verhältnissen operierten, zu einem Schiedsspruch. Nach diesem wurde festgesetzt: für Breslau (1. Lohnklasse) 5 M., für Görlitz, Girschberg, Liegnitz und Waldenburg (2. Lohnklasse) 4,70 M., für Glogau und Landeshut (3. Lohnklasse) 4,40 M. und für 15 kleinere Lohngebiete (4. Lohnklasse) 4,10 M.

In Rheinland-Westfalen war bereits am 20. April verhandelt und abgeschlossen worden.

Da nach dem zentralen Abkommen auch ein früherer Beginn der Zulagen, als der 15. Mai, drüch vereinbart werden konnte, gab es deswegen in vielen Lohngebieten noch besondere Verhandlungen. Hierdurch gelang es vielfach, Zugeständnisse zu erlangen. In den meisten Fällen blieben die Arbeitgeber aber unzugänglich und mehrfach versuchten sie, noch etwas abzuhandeln oder das Inkrafttreten der Zulage hinauszuschieben. Wo sie sich hierbei noch provokatorisch benahmen oder Verhandlungen ablehnten, kam es zu Konflikten, die wir teils, weil unberechtigt und von vornherein nutzlos, ablehnen mußten, während wir aber auch mehrfach die Handlungsweise unserer Kollegen verurteilen konnten, obwohl wir auch anders, als durch Streik, zum Ziel gekommen wären. Diese Konflikte konnten alle schnell beendet werden; trotzdem erforderten sie viel Arbeit und auch finanzielle Opfer, die meist unnötig vertan wurden. Wir ersuchen deshalb bei dieser Gelegenheit unsere Kollegen und Verwaltungen dringend, in Zukunft keine aggressiven Maßnahmen ohne Zustimmung des Verbandsvorstandes oder mindestens des Bezirksleiters zu ergreifen, andernfalls werden wir ihnen nachdrücklich entgegenzutreten.

Mit Ausnahme von Bayern können wir die Zulagen so ziemlich an allen Orten, die unter den Reichstarifvertrag und die bestehenden Bezirksstarife fallen, als geregelt ansehen.

Dort treibt man Obstruktion, wie wir glauben annehmen zu können, mit Unterstützung der Bauverbandsleitung. Auch hier möchte man, wie es scheint, los von Berlin. Dieser Kampf wird bekanntlich in Bayern, besonders in München, in letzter Zeit auch aus politischen Gründen gern geführt, in erhöhtem Maße aber, wenn dabei noch ein finanzieller Vorteil winkt. Im Moment, in dem diese Zeilen geschrieben werden, ist hier die Situation noch nicht ganz geklärt, deshalb kommen wir noch darauf zurück.

Es mußte unsererseits auch dort eingegriffen werden, wo der Arbeitgeberverband keinen Einfluß besitzt; mit Ausnahme von Leipzig sind es meist kleinere Städte, deren Zahl, wie es scheint, immer mehr zunimmt. Auch hier ist es uns gelungen, fast allgemein die in Berlin erreichten Zulagen durchzusetzen; teils zum Ausgleich gegen andere Orte, auch noch mehr. Hier mußte mit einer Reihe Arbeitsniederlegungen durchgegriffen werden, die nahezu alle Erfolg hatten.

Es hat der lebhaftesten Anstrengungen unserer Verbandsfunktionäre in den Filialen, den Bezirksleitungen und im Vorstand erfordert, um die Bewegung allgemein zu bewältigen.

Inzwischen sind bereits wieder in Rheinland-Westfalen und am 26. Mai auch mit den Kontrahenten des Reichstarifvertrages die schon am 8. Mai auf den 8. Juni festgesetzten Verhandlungen vorbereitet worden. Wir teilen dem Arbeitgeberhauptverband und dem Bund deutscher Dekorationsmaler mit, daß seit den letzten Lohnverhandlungen die Kosten für den Lebensunterhalt bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wieder wesentlich gestiegen seien; die bei einigen Lebensmitteln vorgekommenen Preisrückgänge wären bisher im Kleinverkauf nur wenig in Erscheinung getreten, wobei aber auch noch zu befürchten sei, daß es sich hierbei nur um eine vorübergehende Erscheinung handle, der ein um so schnelleres Emporschauben der Preise folgen könnte. Jedenfalls ließe sich, daß Kartoffeln, Brot, Fette und andere wichtige Lebensmittel fortdauernd noch ganz bedeutend im Preise in die Höhe gehen; auch bei den Bekleidungsgegenständen, den Fahrgebern usw. usw. sei noch kein Rückgang, ja sogar noch ein anhaltendes Steigen zu erwarten. Dazu komme, daß die Löhne unserer Kollegen bisher immer zurückgefallen hätten. Wenn dennoch keine größeren Differenzen ausgebrochen wären, so nur, weil wir uns immer wieder verbürgt hätten, daß zu gegebener Zeit nachgeholt würde, was zunächst nicht zu erreichen wäre. Deshalb müßte auch diesmal eine zeitgemäße Erhöhung der leider schon wieder überholten Löhne eintreten und die noch bestehenden Spannungen zwischen den Löhnen unserer Gehilfenschaft und denen vor allem im Baugewerbe in allen Orten endlich ausgeglichen werden. — Dann wird auf die diesmal nach dem neuen Reichstarifvertrag stattzufindenden Verhandlungen über die Gewährung eines Erholungsurlaubes hingewiesen.

Da die Arbeitgeber Wert darauf legen, unsere Ansprüche trotz der in dieser Hinsicht bestehenden Schwierigkeiten, jetzt schon ziffernmäßig ausgedrückt zu erhalten, haben wir eine Zulage von 1,50 M. die Stunde im Durchschnitt vorgeschlagen, die entweder durch Verhandlungen an den einzelnen Orten oder an zentraler Stelle nach wirtschaftlichen und lohnpolitischen Gesichtspunkten ziffernmäßig festzusetzen sei.

Die Verhältnisse scheinen uns jetzt zu wandelbar, als daß wir gegenwärtig mit einiger Bestimmtheit sagen könnten, wie die Situation am 8. Juni aussieht. Die unsere Erachtens mit übertriebener Geschäftigkeit veränderten Preisstürze in manchen Bedarfsartikeln erwecken in Arbeitgeberkreisen schon die Erwartung, daß es nun Schluß sei mit Lohn erhöhungen, ja, daß nun unverzüglich abgebaut werden müsse. Es sollte uns sehr freuen, wenn tatsächlich eine so erhebliche Verbilligung der Lebenshaltung einträte, daß wir ohne Bedenken auf lange Zeit hinaus von Lohnforderungen absehen könnten. Vorläufig sind wir hierin aber noch pessimistisch. — Es läge im Interesse unserer Kollegen und unserer Organisation, wenn unsere Funktionäre, besonders auch in den Bezirksleitungen und im Vorstand, die unausgesehenen Anstrengungen, die die fortwährend im Gange befindlichen Lohnbewegungen erfordern, auf die Lösung anderer, ebenso wichtiger sozialer und organisatorischer Fragen, ferner zur Agitation und gründlichen Aufklärung der Gehilfenschaft — die seit Jahren viel zu wenig betrieben werden konnte — verwendet würden.

Ueber den Neuabschluß eines Reichstarifvertrages für das Baugewerbe

wurde zum dritten Male in Berlin zwischen den Vertretern der Bauorganisation und der Bauunternehmer am 15., 16. und 17. Mai verhandelt. Der Versuch, am ersten Tage ohne Unparteilichkeit einander näherzukommen, hatte keinen Erfolg. Es wurde deshalb an den folgenden Tagen im Beisein und unter Leitung von Unparteilichen verhandelt. Die Arbeitgeberverbände hatten den Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Genossen Tarnow, vom Bauarbeiterbund Malermeister Herrn Kruse und vom Reichsarbeitsministerium die Herren Geheimrat Wulf und Regierungsrat Bühler als Unparteiliche ernannt. Jedoch auch unter der Leitung

der Unparteiischen kamen sich die Parteien nicht näher, die meisten strittigen Fragen mussten zur Entscheidung durch die Unparteiischen zurückgestellt werden.

Die Hauptstreitpunkte waren die Vertretung der Arbeiter nach dem Betriebsrätegesetz, die Regelung des Lehrlingswesens, die Ferienfrage und die Akkordarbeit.

Die Wahl von Betriebsobleuten und Betriebsräten nach dem Betriebsrätegesetz ist im Baugewerbe besonders schwierig, weil nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitsstellen ständig wechseln, so dass sich keine so stabile Betriebsvertretung schaffen lässt wie in anderen Industrien und Gewerben.

Nach dem Vorschlage der Unparteiischen sollen die Arbeiter auf jeder Arbeitsstelle Platz- oder Baudelegierte ernennen. Wo dies nicht geschieht, sollen die Delegierten von den Arbeiterorganisationen bestimmt werden.

Zur Regelung des Lehrlingswesens schlugen die Unparteiischen eine protokollarische Erklärung vor, in der die Finanzierung und Ausbildung eines guten Nachwuchses und die Regelung der Lehrlingslöhne als gemeinsame Angelegenheit aller Berufsangehörigen anerkannt wird.

Die Arbeitergeber erklären, die Gewährung von Ferien grundsätzlich nicht abzulehnen, halten aber wegen der besonderen Schwierigkeiten im Baugewerbe Vorbereitungen für erforderlich, die für das Jahr 1920 Ferien noch nicht ermöglichen.

Zur Frage der Akkordarbeit verlangten die Unternehmer, daß die allgemeine Zulässigkeit der Akkordarbeit im Tarifvertrag anerkannt werde.

Neben diesen Fragen hatte noch die Bezahlung von Zuschlägen für die in die Nachtzeit fallenden Wechselschichten größere Bedeutung. Die Unparteiischen entschieden, daß für solche Schichten in den örtlichen Lohn- und Arbeitsstarifen in besonderer Zuschlag vereinbart werden kann.

Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Vorschläge der Unparteiischen behielten sich sowohl die Vertreter der Arbeiter wie der Arbeitgeber ihren Verbandskörperschaften vor.

Die sich dann anschließenden Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Reichstarifvertrages für das Tiefbaugewerbe führten zu keinem Ergebnis.

Lohnbewegungen.

Altena i. W. Der mit der hiesigen Malerinnung abgeschlossene Tarif erfährt dadurch eine Veränderung, daß das mit dem Westdeutschen Malermeisterverband vereinbarte Lohnabkommen — nach heisser Verhandlung — auch hier durchgeführt ist.

Andernach. Mit den vereinigten Maler- und Anstreicherzweigen zu Andernach ist am 21. Mai wieder ein neues Lohnabkommen zustande gekommen, das einen Lohn von 5,50 M die Stunde vorsieht.

bei den Verhandlungen zu tun habe. Nachdem er noch einige unbillige Nebenarten von sich gab, in die sich auch die „Frau Meisterin“ einmischte, ließ er den Bezirksleiter und die Kollegen von der Lohnkommission einfach stehen und lief weg.

Wilde i. W. Am 1. März dieses Jahres wurde zum ersten Mal mit der Malerinnung ein Tarif abgeschlossen, der bei den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen gelöst werden konnte.

Zu Glete wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, gültig vom 10. Mai an. Der Stundenlohn ist auf 4,70 M festgesetzt worden.

Detmold. Am 14. Februar wurde mit der freien Malerinnung ein Vertrag abgeschlossen, dessen Lohnabkommen bis zum 31. Mai Gültigkeit haben sollte.

Wieschen. Nach mehrmaligen ergebnislosen Verhandlungen ist es gelungen, nunmehr die Lohnfrage mit der örtlichen Meistervereinigung zur Regelung zu bringen.

Samml. i. W. Mit der Malerzwangsinnung ist ein neuer Tarifvertrag vereinbart, der vom 15. April 1920 bis 1. April 1921 Gültigkeit hat.

Münster i. W. Die hiesigen Arbeitgeber sind aus dem Westdeutschen Malermeisterverband ausgeschieden, weil sie die beschlossene Lohnerhöhung von 1,25 M nicht zahlen wollten.

In Saarbrücken ist die Werkstätte Schmelzer gesperrt. In **Stalupönen i. Ostpr.** sind die Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten.

Herdingen. Vom 19. April an ist mit der Malerzwangsinnung ein Tarifvertrag mit einem Stundenlohn von 5,50 M abgeschlossen worden.

Wesel. Am 18. April erfolgte mit der Maler- und Anstreicherzwangsinnung der Abschluß des Rheinisch-Westfälischen Tarifes.

Die Innung beschloß, vom 4. Mai an eine Erhöhung von 95 % zu zahlen, während die beiden Gehilfenverbände ablehnten und am 4. Mai die Arbeit einstellten.

Wir teilen Ihnen mit, daß die Innung durch den am 4. Mai dieses Jahres erfolgten unberechtigten Streik der Malergehilfen den abgeschlossenen Tarifvertrag zwischen Innung und den Gehilfenverbänden nicht mehr anerkennt.

Um Mitteilung, ob Ihr Verband geneigt ist, auf Grund neuer Verhandlungen einen anderen Tarif abzuschließen und um entsprechende Belehrung Ihrer Mitglieder wegen der Tarifverletzung, ersucht:

Aus unserm Beruf.

Frankfurt a. M. (Bahlkelle Offenbach.) „Der Reichstarif ein Fegen Papier!“ Unter dieser Schlagmarke bringt Herr Ab. Schreiber in dem Organ des Südwestdeutschen Maler- und Tischlermeisterverbandes einen Artikel, der sich in ganz falscher Darstellung mit dem Streik der Offenbacher Gehilfen befaßt.

Es kann aber überhaupt keine Rede davon sein, daß es etwa gegen den Reichstarif verstoßen wird, wenn die örtlichen Vertragsparteien in Verhandlungen eintreten und vor Abschluß etwaiger zentraler Verhandlungen eine Lohnzulage vereinbaren.

Am 19. April wurden die Offenbacher Meister durch ein Schreiben der Filialverwaltung ersucht, in örtliche Verhandlungen mit den Gehilfen über eine Lohnzulage einzutreten.

Das Schreiben wurde aber von den Arbeitgebern überhaupt nicht beantwortet und die Forderung der Gehilfen nicht beachtet, obwohl gerade in Offenbach die Weibbindergehilfen über die unzulängliche Entlohnung recht erbittert waren.

Die Vertreter der Arbeiter haben der Schaffung eines Bezirksstarifes zugestimmt und die Lohnfrage provisorisch bis 1. Juni geregelt.

In **Stalupönen i. Ostpr.** sind die Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Verhandlungen sind eingeleitet.

Herdingen. Vom 19. April an ist mit der Malerzwangsinnung ein Tarifvertrag mit einem Stundenlohn von 5,50 M abgeschlossen worden.

Wesel. Am 18. April erfolgte mit der Maler- und Anstreicherzwangsinnung der Abschluß des Rheinisch-Westfälischen Tarifes.

um die großen wirtschaftlichen Schäden, die ihnen durch die Arbeitseinstellung erwachsen sind!“ so mag sich Herr Schreiber an die eigene Brust schlagen und sich fragen, ob er nicht am meisten dazu beigetragen hat, daß die Offenbacher Arbeitgeber jenen ablehnenden Standpunkt der Gehilfenforderung gegenüber einnahmen, wodurch erst der Streik heraufbeschworen wurde.

veranlassen. Die Gehilfen sind sich jederzeit ihrer tariflichen Verpflichtungen bewußt gewesen und werden auch in Zukunft ihre Vertragspflichten erfüllen. Nur sollten die Arbeitgeber nicht verüben, durch einseitige Auslegung des Vertrages den Gehilfen eine zeitgemäße Lohnzulage vorzuenthalten.

Im Würzburger Filialgebiet fanden am 15. und 16. Mai in Kitzingen und Kitzingen Versammlungen statt, in denen der Bezirksleiter, Kollege W. J., über das Thema: „Was erwarten wir von den Gewerkschaften“ referierte. Seine Ausführungen wurden mit größtem Interesse und Beifall aufgenommen. In der sich anschließenden Aussprache beschäftigten sich die Kollegen in allen 8 Filialstellen hauptsächlich mit dem tarifwidrigen Verhalten der Würzburger Maler- und Tischlermeister wegen der Einteilung der Arbeitszeit. In einer Sitzung des Ortsratsamtes wurde durch Schiedsgericht die Mittagspause auf 1 Stunde festgelegt. Die Arbeitgeber lehnten dieses ab und veranlaßten ein Schiedsgericht. Bevor dieses entschied, beschloß eine Meisterversammlung, die einundneunzigstündige Mittagspause wieder einzuführen. Den Lohnlisten waren Beilege beigelegt, die keine Unterschriften trugen und somit den Schluß zuließen, als wäre das Einkommen der Gehilfen vorhanden. Dieses Vorgehen der Arbeitgeber wurde in den Versammlungen mit aller Entschiedenheit abgelehnt und verlangt, man solle sie wegen Tarifbruch verklagen. Ließen sich die Gehilfen derartige Zuschulden kommen, so könnte man ein großes Geschrei im ganzen Arbeitgeberlager über tarifbrüchiges Verhalten der Gehilfen hören. — Das Schiedsgericht, das unter dem Vorsitz des Landesgerichtsrates Sauer tagte und von unserer Seite durch den Gewerkschaftssekretär Genossen Mupprecht vertreten war, entschied abermals die einständige Mittagspause. Dieser Schiedspruch trägt den dortigen besonderen Verhältnissen Rechnung. Drei Viertel der in Würzburg beschäftigten Kollegen wohnt außerhalb und muß täglich 4 und mehr Stunden zum Teil zu Fuß zurücklegen. Die Kollegen sind sich darüber einig, daß nur durch festes Zusammenhalten das Erzwungene hochgehalten werden kann und verurteilen jede Eigenbrödelerei, die nur geeignet ist, den Arbeitgebern Vorteile in die Hand zu spielen. Die Neuregelung des Statuts, die vom Referenten nochmals begründet wurde, fand allseitiges Verständnis; seine Vermutung, daß, wenn die Forderung in bisheriger Weise weitergehe, eine abermalige Regelung sich als notwendig erweisen werde, stieß auf keinen Widerspruch und wurde von einigen Kollegen noch unterstrichen.

Eingefandt.

Wenn wir uns die Frage: Müssen wir einen außerordentlichen Verbandstag haben? vorlegen, müssen wir alle Bedenkenheiten des letzten Jahres, hauptsächlich der letzten Monate uns vor Augen führen, um daraus die Frage über Stattfinden eines außerordentlichen Verbandstages zu beantworten. Als wir im vorigen Jahre in Würzburg zusammen waren, war es für viele Kollegen klar, daß ein Tarifabkommen nach allem Schema nicht mehr abgeschlossen werden dürfte. Nun kamen die neuen Verhandlungen im Februar; in vielen Filialen hatten sich die Kollegen eingehend mit der Neubearbeitung des Reichstaris beschäftigt und diesbezügliche Anträge dem Hauptvorstand unterbreitet. Der Hauptvorstand selbst hatte einen Entwurf ausgearbeitet, der gewiß bedeutende Fortschritte gebracht haben würde, wenn er auch den Kollegen der Großstädte nicht weit genug ging. Was ist nun im Februar bei den zentralen Verhandlungen von all diesen Vorschlägen übriggeblieben? Kollegen, wenn man ehrlich sein will, rein gar nichts. Das alte Tarifmuster ist mit ganz wenigen nichtssagenden redaktionellen Änderungen angenommen worden; den brüchigen Verhältnissen ist auch nicht in der kleinsten Weise Rechnung getragen worden. Das beweisen uns ganz besonders hier alle Verhandlungen vor dem Ortsratsamt. (Erklärt uns doch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes bei allen Verhandlungen über Fragen des Arbeitsnachweises, der Lehrlingsfrage, Arbeitserschwerung, Fahrgeleitvergütung, Arbeitszeitverkürzung und alle anderen Fragen, wo wir versuchen, eine Besserung der Lage unserer Kollegen zu schaffen, dies läßt der Tarifvertrag nicht zu, beruht sich auf seine protokollarische Erklärung im Tarif und erklärt die Angelegenheit für die Arbeitgeber als erledigt.) Und so wie es uns in Berlin geht, wird es vielen Filialstellen und Filialen in Deutschland gehen. Darum bin ich der Meinung, eine Aenderung läßt sich nur durch einen außerordentlichen Verbandstag herbeiführen, auf dem wir nochmals ausgiebig Stellung zu dieser Angelegenheit nehmen.

Nun wird ja der Hauptvorstand sagen, der Tarif ist vom größten Teil der Kollegen Deutschlands angenommen worden und damit ist für ihn die Angelegenheit erledigt. Formell mag der Hauptvorstand damit im Rechte sein; wie sieht aber die Sache in Wirklichkeit aus? Als die Abstimmung über den Tarif stattfand, war sein Wortlaut kaum einigen hundert Kollegen in Deutschland bekannt. (In Berlin waren für zirka 5000 Kollegen ganze drei Exemplare vorhanden und sind diese auch noch so spät eingegangen daß es unmöglich war, dieselben zu vervielfältigen.) Den Kollegen wurde hauptsächlich die momentan ins Auge springende Lohnerhöhung von 1 M. bis 1,20 M. vor Augen geführt, ohne all den alten Schwächen und die den heutigen Verhältnissen entsprechenden Verschlechterungen genügend zu würdigen, gelinde gesagt, es wurde eine gewisse Ueberrumpelung getrieben. Hieraus ergab sich, daß die Kollegen dem Tarif zustimmten. Heute, nachdem die Kollegen die Situation viel besser übersehen können, die Lohnverhältnisse mit den Leuerungsverhältnissen auch nicht im geringsten Schritt halten, sind wir mit Händen und Füßen am Reichstaris gebunden. Man soll nur nicht mit der Ausrüstung kommen, in der oder jener kleinen Filiale geht es auch trotzdem zu machen, das geht eben im allgemeinen in den großen Filialen nicht, denn wenn die großen Filialen den Unternehmern der Reichstaris vor die Füße werfen würden, würde wohl der Hauptvorstand nicht ganz einverstanden damit sein und würde das zu unangenehmen Konflikten zwischen Hauptvorstand und Filialen führen. Außer diesen gibt es noch eine Reihe von wichtigen unausschießbaren Fragen, zu denen unbedingt ein außerordentlicher Verbandstag Stellung nehmen muß. Ich will die Mitglieder des Rates absolut nicht in ihrer Tätigkeit beeinträchtigen, aber letzten Endes ist es doch gerade vom demokratischen Prinzip das Recht der Mitglieder, über solche schwer einrichtenden Fragen durch Antrag und Stellungnahme zum Verbandstage

selbst zu entscheiden. Da durch Annahme der Beitragserhöhung erfreulicherweise eine erhebliche Minderung unseres Statuts platzgreifen muß, wäre es wohl notwendig, auch hier noch einen ganzen Teil überflüssigen Ballast unseres Statuts zu beseitigen und dafür den neuen Verhältnissen entsprechende Aenderungen zu vollziehen.

Aber eine Frage muß ich den Kollegen noch unterbreiten und das ist die der Industrieorganisation. Auch hier ist es unmöglich, sich der Sache zu verschließen und noch länger zu warten; wer die Bewegung in den großen Städten beobachtet, muß sich klar sein, daß, wenn die Gewerkschaftsbewegung sich nicht selbst das Grab graben will, unbedingt Schritte zur Verwirklichung der Industrieorganisation in die Wege geleitet werden müssen. Alle bisherigen platonischen Liebeserklärungen auf den Verbandstagen haben uns in keiner Beziehung vorwärts gebracht. Hier muß es Aufgabe des außerordentlichen Verbandstages sein, schnellstens Mittel und Wege zu finden, um die Verschmelzung in größtmöglicher Weise vorzubereiten. Kollegen, denen die Existenz der Gewerkschaften am Herzen liegt, werden mir unumwunden beistimmen. Kollegen, es müßte noch ein ganz Teil zu diesen Angelegenheiten gesagt werden, ich will mich aber damit begnügen, um nicht den Raum des „Vereins-Anzeiger“ über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Darauf hinweisen möchte ich noch, daß in letzter Zeit und in nächster Zukunft eine Anzahl Gewerkschaften sich mit diesen außerordentlich wichtigen Fragen auf außerordentlichen Verbandstagen beschäftigen, und bin ich der Meinung, daß auch für uns die Zeit gekommen ist, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, da unser ordentlicher Verbandstag erst im Sommer nächsten Jahres stattfindet. Die Kollegen Deutschlands eruche ich, sich in ihren nächsten Zusammenkünften und Versammlungen mit diesen Fragen eingehend zu beschäftigen und dem Hauptvorstand diesbezügliche Anträge zu unterbreiten, damit wir in diesen Fragen recht bald zum Ziele kommen. Franz Kaiser, Berlin.

Hierzu kurz folgendes: Es ist stark übertrieben, zu sagen, der neue Reichstarisvertrag sei nur das alte Tarifmuster mit „ganz wenigen nichtssagenden redaktionellen Aenderungen“. Wir unterlassen es, dieses hier ausdrücklich zu widerlegen und möchten nur zu beachten bitten, daß unsere Kollegen selbst in Orion und Weitzten, in denen sie nicht an den Reichstaris gebunden sind, dessen Inhalt dennoch später übernommen haben. Also hat die übergroße Mehrheit unserer Mitglieder ihren zustimmenden Beschluß sicher nicht zu bewahren. Ferner konnte aber auch kein Kollege mit Verantwortungsgelühl seinerzeit wünschen, daß wegen einiger auch von unsern Verbandsvertretern lieber beseitigt gesehenen, praktisch aber ganz hinfälligen Bestimmungen, die wohl nicht ganz nebensächliche Lohnerhöhung von 1,20 M. und 1 M. pro Stunde um Wochen oder noch länger hinausgezögert wurde. Nach dem unzweideutigen Votum unserer Kollegschaft und der dann auch noch erfolgten Zustimmung des Rates, könnte auch eine außerordentliche Generalversammlung das nicht mehr umstoßen. — Nun zur Frage der Gründung eines allgemeinen Bauarbeiterbundes. Diese läßt sich nach Meinung aller, die in Organisationsangelegenheiten einige Erfahrung besitzen, nicht aus den Ärmeln schütteln. Hier bedarf es noch mancher Vorarbeiten und gemeinsamer Beratungen vieler Fragen, an die wir mit dem erforderlichen Ernst und aufrichtigster Sympathie für das Projekt an sich, heranzugehen werden. Inzwischen wird die Kollegschaft in alle Einzelheiten eingeweiht werden, und nach dem Bestehen einer greifbaren Unterlage für endgültige Beratungen, wird unter anderm auch eine Generalversammlung entscheiden. Ein außerordentlicher Verbandstag könnte hierbei vorläufig nichts anderes tun, als was auch von unserm Vorstand schon schriftlich und mündlich gefahren ist, also seine Sympathie bekunden und dann die erforderlichen Verhandlungen zwischen den beteiligten Verbandsleitungen wahrnehmen.

Danach wären die mehr als 100 000 M., die ein frühestens im Spätsommer oder Herbst möglicher Verbandstag — der ordentlich findet sowie im kommenden Frühjahr statt — verschlingen, und die viele, für wichtige Organisationsarbeiten sehr notwendige Zeit, die unsern Verbandsfunktionären entzogen würde, wirklich nutzlos veran.

Und nun zum Schluß: Während der letzte Bauarbeiterverbandstag wegen der wahrscheinlich gewordenen Gründung einer neuen allgemeinen Organisation von wesentlichen Aenderungen seines wirklich nicht neuzeitlicher als das unfrische aussehenden Statuts abfiel, sollen wir in einigen Monaten schnell noch einschneidende Aenderungen vornehmen. Also dieser dritte Grund für eine außerordentliche Generalversammlung ist mindestens nicht stichhaltiger als die beiden vorher schon widerlegten. — Raummangel wegen unterlassen wir es, unsererseits eine Reihe Gründe anzuführen, die außerdem gegen einen außerordentlichen Verbandstag sprechen.

Baut Guren „Vereins-Anzeiger“ aus.

Wer in den letzten Tagen die Arbeiterpresse verfolgt hat, wird gelesen haben, daß die Schwerindustrie bereits 64 bürgerliche Tageszeitungen, Papierfabriken usw. künstlich erworben hat. Kollegen, was hat das zu bedeuten? Die Frage ist leicht zu beantworten, denn das Kapital hat ein Interesse daran, seine profitgierigen Pläne durch die Presse zur Wahrheit werden zu lassen. England und Amerika haben bereits früher als Deutschland eingesehen, daß die Presse eine äußerst wirksame Waffe ist für den, der sie in Besitz hat. Kollegen, wir dürfen nicht gleichgültig abseits stehen, wo wir die Tatsache vor Augen haben, daß das Großkapital uns erdroffeln will. Wir müssen zunächst mit allen Mitteln unsere Arbeiterpresse ausbauen und finanzieren. Es gibt noch so viele Kollegen, die noch eine bürgerliche Zeitung halten und das Gift, das darin versprüht wird, langsam aber sicher in sich aufnehmen zum Schaden der Allgemeinheit. Außerdem erhalten über 50 000 Kollegen wöchentlich unsern „Vereins-Anzeiger“. Diese Waffe, Kollegen, können wir in unserm Sinne anwenden. Ich bin der festen Ueberzeugung, ein großer Prozentsatz der Kollegen liebt unsere Zeitung nicht; wir müssen bei jeder Gelegenheit unsere Kollegen anhalten, ihre Gewerkschaftszeitung zu studieren. Weiter müssen es sich die Kollegen zur Pflicht machen, geeignete Arbeiten an die Redaktion zu senden. Hier, Kollegen, gibt es noch ein großes Feld zu bearbeiten; denn unser „Vereins-Anzeiger“ kommt in die entferntesten Winkel Deutschlands. Wenn wir durch unsern „Vereins-Anzeiger“ den wahren Sozialismus immer wieder predigen,

wird unsere Arbeit auch von Erfolg gekrönt sein. Nun gibt es ja sehr viele Kollegen, die in der Politik nicht so sehr bewandert sind, desto besser aber im praktischen Berufsleben. Diese Kollegen könnten durch Beiträge über die verschiedenartigen und vielseitigen Arbeitsarten den gesamten Kollegen zur Hebung des Gewerbes entgegenkommen. Wir sehen also, daß es für jeden einzelnen Arbeit genug gibt. Und, Kollegen, wir müssen es als unsere Pflicht ansehen, für unsere Ideale zu arbeiten. Wenn wir den Sozialismus durchzuführen wollen, müssen wir alle Kraft anwenden, um dormalens Menschen zu haben, die das Erzwungene zu schätzen wissen, aber auch die Kraft besitzen, allen gestellten Forderungen gerecht werden zu können. Darum hinein in den Kampf! Für den Sozialismus! H. B.

Aus Unternehmerkreisen.

Eine Kundgebung der Arbeitgeberverbände. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände läßt eine Preskonferenz verbreiten, wonach in ihrer Ausschusssitzung vom 20. Mai 1920 die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands eingehend besprochen worden ist. „Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den ernststen Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Die Preise der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute stockt überall der Absatz. Eine abermalige Steigerung der Herstellungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Verteuerung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unabsehbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer, bringen. Den Arbeitnehmern selbst ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter zugegebenermaßen nicht gedient. Ihnen wie der ganzen deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann.“

Jeder kundige Beobachter der Entwicklung unserer Wirtschaft seit der Aufhebung der Zwangsabwirtschaftung wichtiger Rohstoffe und landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat bereits seit längerem den Ausbruch der jetzigen Krise erwartet. Die hemmungslöse Entfaltung eines profitgierigen Unternehmertums und Gändertums konnte in einer durch Raubbau furchtbar geschwächten Wirtschaft zu keinem andern Zustand führen als dem, der jetzt seinen Anfang nimmt, dessen Ausdehnung über die Wirtschaftsgebiete und verhängnisvolle Folgen sich kaum abschätzen lassen.

Ein schwerer Irrtum wird es sein, wenn die Unternehmer annehmen, daß die Arbeiter die Schließung der Betriebe ruhig geschehen lassen werden. Haben sie die glänzenden Gewinne eingestreckt und wollen sie jetzt die Verluste nicht tragen, so wird die Fortführung der Betriebe ohne sie die Folge sein. Es ist die zwölfte Stunde, daß das deutsche Unternehmertum durch wirtschaftliche Zusammenschlüsse und gegenseitige Unterstützung die Betriebe ohne Rücksicht auf Verluste in vollem Umfang aufrechterhält. Gleichzeitig muß eine andere Preispolitik bei den Urprodukten und Rohstoffen beginnen.

Den Arbeitern die zum Leben notwendigen Löhne schmälern, gleichzeitig aber die Kapitalrenten aufrechterhalten wollen, wird zu nichts anderm als zu erbitterten Kämpfen führen, die mit einer völligen Vernichtung der Wirtschaft enden.

Gewerkschaftliches.

Au die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes!

An die Ortskartelle der Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände!

Die Wahlen zu den Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten stehen vor ihrem Abschluß. Die neugewählten Betriebsvertretungen haben in erster Linie Arbeitnehmerinteressen zu vertreten; sie sollen gleichzeitig dafür sorgen, daß künftig in der Warenerzeugung und Warenverteilung nicht lediglich private Gewinnrückichten maßgebend bleiben, sondern den allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen wird. Die Handlungen der Betriebsräte dürfen jedoch nicht vom Betriebsegoismus einzelner Gewerkschaften getragen sein. Das solidarische Empfinden der gesamten wertmäßigen Bevölkerung und das Streben nach Verwirklichung gemeinwirtschaftlicher Gedanken sind die unbedingten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte.

Diese großen Aufgaben können die Betriebsräte nur in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften erfüllen. Dabei müssen Hand- und Kopfarbeiter zusammenwirken. Die Schwierigkeiten, die durch die getrennte Organisation von Arbeitern und Angestellten hierbei entstehen, können und müssen überwunden werden.

Die unterzeichneten Zentralkomitees der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten sind dahin übereingekommen, alle Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte gemeinsam zu treffen und zu diesem Zwecke eine gemeinsame Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte einzurichten. Diese wird bis auf weiteres im Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, Engelshufer 15, 4. Et., ihren Sitz haben.

Die Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte wird die Richtlinien für die Betriebsräte in kürzester Frist den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Ortskartellen der Afa überfenden. Ortsausschüsse und Ortskartelle müssen in gleicher Weise wie die Zentralkomitees gemeinsam arbeiten, um die Tätigkeit der Betriebsräte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Zu diesem Zweck sind die Betriebsräte in die Gesamtorganisation der Gewerkschaften einzugliedern. Eine örtliche Zusammenfassung nach Industriegruppen, wie sie durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin und Hamburg bereits vorgefunden ist, wird sich als zweckmäßig erweisen. Hierbei darf eine Trennung zwischen den Mitgliedern der Betriebsräte, die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen gewählt sind, nicht eintreten. Die

Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortsstelle der Afa müssen gemeinsam eine örtliche Zentralstelle für die Betriebsräte einsehen.

Neue Juni wird die nach Beschluß des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herauszugebende Betriebsrätezeitung erscheinen. Die von der Afa bereits herausgegebene Zeitung „Der Betriebsrat“ wird fortbestehen. Ob eine Verschmelzung der beiden Organe möglich und zweckmäßig ist, wird später entschieden werden.

Durch diese Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den gewerkschaftlichen Organisationen muß ein gewaltiger gewerkschaftlicher Faktor entstehen, der nicht nur zur Befreiung unseres Wirtschaftslebens von den Folgen des Krieges, sondern zu einer Umgestaltung zum Segen aller Arbeitenden entscheidend beitragen wird.

Jede Organisation der Betriebsräte, die einer bestimmten politischen Partei dienen soll, muß diesen naturgemäßen Entwicklungsgang fördern. Wer aus parteipolitischen Gründen eine Sonderorganisation der Betriebsräte erstrebt, schwächt die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse. Diese kann und darf sich für die nächste Zeit und für absehbare Zeit nur in den Gewerkschaften konzentrieren und muß eins mit ihnen sein.

Nähere Anweisungen über die Durchführung dieser Organisation werden den Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Ortsstellen der Afa durch die unterzeichneten Zentralstellen direkt übermittelt werden.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, C. Legien.

Die Arbeitgemeinschaft Freier Angestelltenverbände, Aufhäuser, Urban, Klingen.

Genossenschaftliches.

Steigende Leistungen der Volksfürsorge. Während die Volksfürsorge im Jahre 1919 896 Sterbefälle mit der vollen Versicherungssumme zu verzeichnen hatte, wofür sie 269 654 M. Versicherungssumme auszahlte, hatte sie bereits im ersten Vierteljahr 1920 299 Sterbefälle mit 111 780 M. Versicherungssumme. Davon waren 1919 38 Unfälle im ersten Versicherungsjahre mit 750 M. Prämieinnahme und 24 792 M. Versicherungssumme oder pro Unfall 19,74 M. Einnahme und 652,42 M. Ausgabe. Im ersten Vierteljahr zahlte sie für 18 Unfälle im ersten Versicherungsjahre bereits 15 282 M. Versicherungssumme aus, wofür sie 380 M. Prämien erhielt, das heißt pro Unfall 19,74 M. Ausgabe bei 18,38 M. Einnahme. Die erhöhten Unfallleistungen sind wesentlich auf den Kapp-Putsch zurückzuführen, da ein Teil der Opfer erst einen oder zwei Monate Mitglied der Volksfürsorge waren, die Hinterbliebenen aber auch die vollen Versicherungssummen erhielten. In unserer unruhigen Zeit sollten sich alle um das Wohl ihrer Angehörigen besorgten Familienväter mehr für die Vorteile der Lebensversicherung interessieren, wie sie die Volksfürsorge bietet. Da sie jetzt bis 5000 M. versichert, braucht kein Arbeiter den Privatgesellschaften sein Geld zuzuführen.

Vom Ausland.

Internationale Solidarität. Bis zum Ausbruch des Krieges mit Amerika standen wir in engster Fühlung mit unsern im Laufe der Zeit nach dort überfiedelten deutschen Kollegen, vor allem in New York. Sie nahmen überaus ungnädigen Anteil an unserm Geschick inmitten des wahnwitzigen Völkermordens, und drückten dies auch durch wiederholte Geldüberweisungen an die deutsche, österreichische und ungarische Bruderorganisation zur Unterstützung der Familien notleidender Kriegsteilnehmer aus. Bereits 1916 wurde indes unser Verkehr durch die englische Postperre sehr erschwert und seit 1917, als die Kriegsfurie immer weitere Kreise zog, ganz unterbrochen. Das erste Lebenszeichen war dann ein über die Schweiz übermittelter Glückwunsch an unsere Würzburger Generalversammlung im Juni vorigen Jahres, dem hierauf verschiedene Berichte folgten. Kürzlich wurden wir nun mit einem sehr verbindlichen Beileidschreiben zum Tode unseres Kollegen Wenker überrascht, das wir im „Vereins-Anzeiger“ schon zur Kenntnis brachten, und kurz darauf ging folgendes, sehr freundliche Schreiben aus Newyork ein:

Wertes Kollege Streine!

Einliegend überfende ich Ihnen eine Anweisung für 200 Dollar, welche Summe ein Teil einer Tasse von 1 Dollar pro Mitglied der Deutschen Lokal-Union 499 zu Gunsten der notleidenden Kollegen der diversen Ortsgruppen des Internationalen Verbandes der Maler von Deutschland, Oesterreich und Ungarn ist. Wir haben vor einigen Tagen ein Schreiben der Ortsgruppe Graz erhalten. Nach Verlesung dieses Schreibens, das uns mit den tieftraurigen Zuständen in der alten Heimat einigermaßen vertraut machte, wurde beschlossen, 25 Dollar sofort den am Hungertuche nagenden Kollegen der Ortsgruppe Graz zu senden. Ein weiterer einstimmiger Beschluß lautete, daß die Mitglieder der Lokal-Union 499, ungefähr 700 Mann, mit 1 Dollar pro Mann zu belegen, und die so gesammelten Gelder Ihnen, werter Kollege Streine, zu übermitteln seien, mit dem Ersuchen, sie nach Ihrem besten Wissen und Können an die bedürftigsten Ortsgruppen von Deutschland, Oesterreich und Ungarn zu verteilen. Obwohl wir wissen, daß das an Sie gestellte Ersuchen etwas delikater Natur ist, so möchte ich bemerken, daß Sie unser volles Vertrauen haben und Ihnen im Namen der obigen Lokal-Union im vorhinem unsern vollen Dank für Ihre Mühe im Interesse der Sache aussprechen.

Solche Gefühlsregungen aus weiter Ferne, wo man sich nur schwer in unsere Lage wird hineinsetzen können, erzeugen stets Stimmungen, in denen man die Trostlosigkeit unserer sozialen und wirtschaftlichen Zustände auf einige Zeit vergißt und daran erinnert wird, daß die Solidarität der Arbeiter aller Länder kein leerer Hohn ist.

Was an uns liegt wird auch weiter geschehen, um ganz besonders auch mit den Kollegen Amerikas die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen.

Leider können wir mit den ungarischen Kollegen keinen Gedankenaustrausch ermöglichen. Dort wütet seit Monaten die Gegenrevolution. Hierdurch wurden die beiden Sekretäre unserer Organisation schwer getroffen — der eine schmachtet seit Monaten in der Untersuchungshaft, und der andere muß sich an einem niemand bekannten Orte verborgen halten — und unser Bruderverband vollständig zu Boden geschlagen.

Verein deutscher Maler in Buenos Aires (Argentinien). Wie unsern internationalen Sekretariat mitgeteilt wird, hat sich in Buenos Aires eine Vereinigung deutsch sprechender Kollegen gebildet, die der dort bestehenden lateinischen Malerorganisation angeschlossen ist. Der Zweck des Vereins ist, den einwandernden Kollegen deutscher Sprache behilflich an die Hand zu gehen und einen Anhaltspunkt zu geben, damit es vermeiden wird, daß bei Lohnkämpfen die Eingewanderten den Kollegen unwissentlich als Lohnbrücker in den Rücken fallen, wie es bisher öfter der Fall war. Die Arbeitszeit ist bei 6 Peso eine achtstündige. Berichtet wird, daß gegenwärtig keine günstige Konjunktur herrscht, so daß die Kollegen vor unüberlegter Einwanderung gewarnt werden. Jede verlockende Propaganda sei mit größter Vorsicht aufzunehmen. Kollegen, die dennoch zuwandern, mögen sich sofort an die angegebene Adresse wenden. Wenn das Verbandsbuch in Ordnung ist, ist kein Eintrittsgeld zu zahlen. Verein deutscher Maler, Buenos Aires, Calle Guruchaga 526, Rep. publ. Argentinien.

Verschiedenes.

Die deutschen Kriegsgräber in Frankreich. Alle in Frankreich einzeln liegenden Kriegsgräber werden auf Sammelfriedhöfen vereinigt. Nach direkt eingegangenen Nachrichten aus Vesnes-les-Aubert (bei Cambrai) und Steenwerck (bei Armentières) tragen fast alle Grabbezeichnungen auf den Gräbern der umgebeiteten Gefallenen die Bezeichnung „Unbekannt“. In Koisel (bei Peronne) sollen die Gräber noch verlegt werden. Die deutschen Gräber auf dem Militärfriedhof sowie auf dem Gemeindefriedhof Roubais (bei Lille), Cappy (bei Peronne), Flavigny-le-Petit (bei Guise), St. Quentin, Origny-Sainte-Benoite (bei St. Quentin), Montbrehain (bei St. Quentin) die 4 Friedhöfe bei Dannebourg (nördlich Verdun) und die deutschen Gräber auf dem Militärfriedhof Münster (Oberelsaß) sind im allgemeinen in gutem Zustande. Auf den Friedhöfen in Nieppe (bei Armentières), Numilly (bei Cambrai) und Mesles (bei Peronne-Lardenois) tragen verschiedene Grabbezeichnungen keine Inschriften. Die Gräber auf dem Friedhof in Urleux-en-Gohelle (bei Lens) sind nicht mehr zu erkennen, da das Gebiet dieser Gemeinde von Granaten zerstört ist. An verschiedenen Orten wurden dem Volksbund von behördlicher Seite ortsansässige Frachleute oder Gärtner empfohlen, die bereit sind, besonders Wünsche der Angehörigen für die Pflege der Gräber oder deren Schmuck an Gedenktagen zu erfüllen. Der Volksbund, der allen Angehörigen der Gefallenen mit Rat und Tat helfen möchte, ist bereit, solche Wünsche zu vermitteln. Geschäftsstelle Charlottenburg 6, Königsberg 80.

Die Technische Messe in Leipzig im kommenden Herbst wird vor die zum üblichen Zeitpunkt stattfindende Allgemeine Mustermesse verlegt werden und demnach auf die Woche vom 15. bis 21. August fallen. Die Vorverlegung erfolgt, um die Aussteller der Technischen Messe im Frühjahr einigermaßen für die Störung zu entschädigen, die sie durch die Wirren in Leipzig erfahren haben. Die zum Teil schweren Musterstücke, wie Maschinen und dergleichen, die sich noch vom Frühjahr her in den Werkräumen befinden, können dann bis zur nächsten Technischen Messe dort belassen werden, so daß den Ausstellern Kosten für deren Beförderung erspart werden. Daß die Technische Messe im Herbst vor die Allgemeine Messe verlegt wird, dürfte auch den Besuch durch Einkäufer günstig beeinflussen.

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammenge stellt vom Patentbureau Krueger, Dresden.

Angemeldete Patente: Kl. 75c. 20. P. 38 758. Paul J. Paetzold, Hohenbucka-Hofena; O./L. Wandbemusterungsapparat. 20. November 1919. — Kl. 22h. 2. R. 47 196. Gustav Rauh und Dr. Erich Wiser, Wandseel, Hornstr. 9; Verfahren zur Gewinnung von Sulfativen. 17. Februar 1919. — Kl. 75a. 21. Z. 9448. Rob. Jinn, Engels & Co., Comm.-Gef., Barmen-Nittershausen; Verfahren und Vorrichtung zum Vaccinieren von Agrassen und dergleichen. 8. September 1915.

Gebrauchsmuster: Kl. 75b. 73 9934. Walter Schimpf, Leipzig-Lonberg, Mariengasse 4; Hintermalte Glasvase. 9. April 1920. — Kl. 87d. 740266. Günter Wels, Glogau i. Schl.; Tapeziermaschine. 21. April 1920. — Kl. 75c. 738 649. Bernh. Krause, Glauchau; Durchziehapparat mit auswechselbaren und verstellbaren Pinseln. 31. März 1920.

Literarisches.

Wir ohne Herz. Von Morberger und Ostro. Angen-graber-Verlag Brüder Euschißky, Leipzig und Wien X. Preis 12,50 Kr. Die Wahrheit über das Haus der Freude. Zum erstenmal wird hier dies heikle Thema in dezenter Art aufklärend, frei von Sensationslust, an das menschliche Gefühl appellierend, behandelt.

Von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breitestr. 8-9 sind folgende Schriften herausgegeben worden:

Das Reichswahlgesetz mit Wahlkreiseinteilung und Wahlordnung, erläutert von Emil Eichhorn. Preis 4 M.

Der Betriebsobmann im Kleinbetrieb. Gemauerte ständliche Darstellung und Erläuterung aller den Obmann betreffenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Wahlordnung von Rudolf Wed., Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr. Preis 2,50 M.

„Schulprogramm.“ Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angelegten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen mit einem Vorschlag von Georg Ledebour. Preis 1,50 M.

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungs materials mit ausführlichem Prozeßbericht. Mit Portrait der Ermordeten und Bild der Angeklagten. Preis 6 M.

Wiener Glendbilder. Von Paul Umbreit. Verlag „Gesellschaft und Erziehung“, G. m. b. H., Berlin-Friedenau. Preis 2,50 M. 20% der Einnahme dieser Schrift werden dem Unterstützungsfonds der Gewerkschaftskommission in Wien abgeführt. Die Schrift gibt ein ergreifendes Bild von der Not, dem Hunger und Glend, das bei unsern Landsleuten eingezogen. Möge der gute Zweck dieser Schrift eine große Verbreitung finden.

Die Schwerindustrie in und nach dem Kriege. Von Arthur Caternus. Verlag „Gesellschaft und Erziehung“ Berlin-Friedenau. Preis 2 M. Diese Schrift ist eine Klage und Anklage gegen diejenigen Industriellen, die durch ihre verbrecherische Kriegs- und Friedenspolitik am Zusammenbruch Deutschlands und an seiner wirtschaftlichen Lähmung, als die den Wiederaufbau halt, ein gerüttelt Maß von Schuld tragen. Sie ist bestimmt, den plutokratischen Hintermännern der Reichsparteien durch rücksichtslose Aufdeckung ihrer Geschäftepraktiken die Maske vom Gesicht zu reißen und dem Volk zu zeigen, wo seine Feinde stehen.

Deutsche in der Fremde. Hans Fehlingers Beitrag in einer kleinen Broschüre, die bei Dietrich in Leipzig erschienen ist, eine Zusammenstellung der Deutschen im Auslande.

Baue dir selbst. Der billigste Weg zum eigenen Heim. Ein Beispiel, wie eine wichtige Familie selber ein Haus bauen kann. Ein praktischer Vorschlag, um der Wohnungsnot abzuhelfen. Verlag Heimkultur, G. m. b. H., Wiesbaden.

Sterbetafel.

Dortmund. (Zahlstelle Witten.) Nach kurzer Krankheit starb unser Kollege Anton Kastner, geboren am 28. Februar 1868 zu Heilberg.

Dresden. Am 14. Mai starb der Kollege Franz Welsch im Alter von 65 Jahren. — Am 16. Mai starb unser langjähriges Mitglied Gustav Jädel im Alter von 62 Jahren an Bluterkrankung.

Hamburg. Am 7. Mai starb unser Mitglied August Greiff, 52 Jahre alt.

Niel. Am 8. Mai starb infolge Schlaganfalls ganz plötzlich der Kollege Heinrich Rüdiger im Alter von 58 Jahren. — Am 19. Mai starb durch Unfall der Kollege Martin Zimpe im Alter von 69 Jahren.

Wilhelmshaven. Am 23. Mai starb nach langer Krankheit unser treuer Kollege Lorenz Stillerz. Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 6. bis 12. Juni 1920 ist die 23. Beitragswoche.

Anzeigen

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigter oder nicht, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie auch zur Herstellung von Plattenmalereien aller Art senden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plattenmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmeres sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 14 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1/8 bis 5/8 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Kristallbild im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis hier: 100 platten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von 18 M. Frankaufzahlung. Albin Kutmacher, Maler, Bilden i. Rheinland.

Wilhelm Walter, Seide, Leinwand, Leime. Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Gartenstraße 72. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Firniss. Seide, Leinwand, Schellack läuft jeden Posten. Säublung chemischer Produkte. Berlin O 34. Wilhelm-Strasse 38, Ronigstadt 7317.

Jeder Kollege bestelle sofort einen Probeband Der Dekorationsmaler 3 frühere Hefte mit 12 feinsten Farbtafeln. Preis 5 M. bei Vor-einsendung des Betrages. Quellen-Verlag, München 39.

Sehr gut erhaltene Farbmühle, fast neue, weil zu groß, zu verkaufen. Ludwig Höllerer, Möbelfabrik, Weiden i. Bayern.

Streichbürsten, Pinsel aller Art. in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert. H. W. Witte, Berlin S 59, Rixdammstr. 2.

Friedensware. Möbelstühle 27,50 M. Fußbodenstühle 25,50 M. Schellack 28,50 M. Siglac 27,50 M. Antifouling 25,50 M. Rufflack 25,50 M. Firnis 25,50 M. Firnisverschnitt 25,50 M. Mattlack 25,50 M. Delbleinweiß, Lithopone, Weißlack billig. Emil Schuster, Barmen.

Nr. 21 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.